

PM Briefkopf
09.03.10

DGB Südwestsachsen zur Debatte um neues Bündnis in Limbach-Oberfrohna

Bezüglich der Debatte um die Gründung eines Bündnisses für Demokratie und eine Beteiligung der NPD an diesem reagierte die Regionsvorsitzende des DGB Südwestsachsen, Sabine Zimmermann, mit völligem Unverständnis und Entsetzen:

„Die NPD an einem Bündnis gegen Extremismus beteiligen zu wollen, welches nur vor dem Hintergrund einer hohen Anzahl rechtsextremistischer Straftaten in der Region seinen Sinn und seine Legitimation erhalten kann, ist in Deutschland wahrscheinlich ein einmaliger Vorgang und muss jeden Demokraten bis ins Mark erschüttern. Dabei verkennen CDU und FDP bei ihrer Argumentation, die NPD sei eine zugelassene Partei, dass eben genau diese Auffassung ja der Nährboden und Ursache des Erstarkens des Rechtsextremismus ist.“

Die von CDU und FDP vertretene Ansicht, weil die NPD nicht verboten sei, könne man ihr auch nicht die Beteiligung am Bündnis verwehren, zeugt nach Ansicht des DGB von einer extremen Hilflosigkeit im Umgang mit dem Rechtsextremismus. Das vor einigen Jahren gescheiterte Verbotverfahren gegen die NPD, kam nicht aufgrund fehlender Beweise der Verfassungsfeindlichkeit der NPD nicht zustande, sondern das Verfahren wurde aufgrund von Verfahrensfehlern gar nicht erst begonnen. Mittlerweile dürfte es keinen Politiker in verantwortlicher Position geben, der die Verfassungsfeindlichkeit der NPD anzweifelt und damit auch ein notwendiges Verbot. Das Engagement gegen Extremismus, gleich, ob von links oder rechts, kann nicht darin bestehen, eine Diskussion in formal-juristischen Kategorien zu führen, wie es die Vertreter von CDU und FDP scheinbar tun möchten. In Demokratiebündnissen muss es um die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Problemen gehen und mit Sicherheit macht es keinen Sinn, mit dem Problem selber, nämlich der NPD, reden zu wollen. Es sei denn, es geht der CDU und FDP gar nicht darum, wirksam etwas gegen den ausufernden Rechtsextremismus tun zu wollen.

„Es ist ausgesprochen positiv und auch notwendig, wenn sich in Limbach-Oberfrohna ein breites Bündnis für Demokratie und gegen extremistische Gewalt gründet. Dieses Bündnis droht aber durch die Beteiligung der NPD schon vor der Aufnahme der Arbeit zu scheitern. Insbesondere wird dadurch auch das Engagement vieler Demokratinnen und Demokraten in der Region gegen den Rechtsextremismus konterkariert bzw. ad absurdum geführt. Besonders bitter ist, dass zum Zeitpunkt des Gründungstreffens des

PRESEMITTEILUNG

Limbacher Bündnisses, sich im nicht weit entfernten Chemnitz viele tausend Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines Bündnisses für Frieden und Toleranz friedlich einem NPD-Aufmarsch entgegen gestellt haben und gleichzeitig die NPD in ein solches Bündnis aufgenommen wird“, meint die Gewerkschafterin.

Wir bitten um Veröffentlichung.

Sabine Zimmermann
Regionsvorsitzende, MdB